

LNG-Standort Wilhelmshaven

Factsheet

Was passiert vor Ort?

Die Stadt Wilhelmshaven ist neben Stade, Mukran auf Rügen und Brunsbüttel einer von vier deutschen Standorten für den Import von Flüssigerdgas per Schiff. In Wilhelmshaven werden bereits zwei schwimmende Terminals (FSRU), die FSRU Esperanza und FSRU Excelsior, von der Deutschen Energy Terminal GmbH (DET) betrieben. Zusätzlich plant die Deutsche Grüngas und Energieversorgung GmbH (DGGEV) als Teil eines Energieparks ein weiteres landseitiges, festes LNG-Terminal zu bauen.

Die LNG-Terminals wurden als Ausgleich für wegfallende Lieferungen von Pipelinegas aus Russland errichtet. Anders als beim Transport per Pipeline wird das fossile Erdgas auf -163° Grad gekühlt, um es flüssig per Schiff transportieren zu können. Die Umwandlungsprozesse und der Transport verursachen hohe Kosten und klimaschädliche Methanemissionen entlang der gesamten Lieferkette. Den Import von LNG, insbesondere von US-Frackinggas, sollte Deutschland daher durch konsequente Reduktion des fossilen Gasverbrauchs so schnell wie möglich wieder beenden. So kann auch eine weitere Vertiefung der Energie-Abhängigkeit von der Trump-Regierung verhindert werden. Mehr Informationen zu [LNG](#) und [Methan](#) befinden sich auf der Website der DUH.



Abbildung 1: FSRU Esperanza

Umweltschaden Biozid im Wattmeer

Das LNG-Terminalschiff „Höegh Esperanza“ setzt seit Inbetriebnahme in 2022 Chlor als Biozid ein, um den Bewuchs von Rohrleitungen mit Algen, Seepocken oder Muscheln zu verhindern. Durch die Rohre fließt Meerwasser aus der Jade, um das -163 Grad kalte Flüssigerdgas (LNG) aufzuwärmen und damit in einen gasförmigen Zustand zu bringen. Das mit Chlor versetzte Meerwasser wird danach wieder in das Wattenmeer zurückgeleitet. Die Einleitung von Bioziden in direkter Nähe zum Weltnaturerbe Niedersächsisches

Wattenmeer schadet der dort lebenden Flora und Fauna. Bevor die „Höegh Esperanza“ in Wilhelmshaven eingesetzt wurde, hatten australische Behörden den Einsatz des Schiffes wegen der Biozid-Einleitung am ursprünglichen Standort in Australien untersagt. Das zweite Terminalschiff in Wilhelmshaven, die FSRU Excelsior, greift zur Reinigung bisher auf Ultraschall-Technologie zurück, beantragte im Juni 2026 jedoch die Anlage ebenfalls mit Biozid reinigen zu dürfen. Mit der Ankündigung, dass auch das geplante landseitige Terminal mit Elektrochlorierung gereinigt werden solle, droht eine Vervielfachung der eingeleiteten Menge an Biozid. Im Jadewasser bildet das Biozid chlorierte Kohlenwasserstoffe und Bromverbindungen, die mit der Entstehung von Krebs und Beeinträchtigungen der Fortpflanzung bei Mensch und Umwelt in Verbindung stehen. Alle anderen LNG-Standorte verwenden kein Biozid.

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hatte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im März 2023 aufgefordert, eine schnelle Umrüstung der „Höegh Esperanza“ einzuleiten und dafür notwendige Mittel bereitgestellt. Landesumweltminister Christian Meyer hatte die Umrüstung bereits angekündigt. Bisher blieb die zuständige Zulassungsbehörde, der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) jedoch untätig und erlaubt den Einsatz von Biozid weiterhin.

Unser Widerstand gegen die fossilen Ausbaupläne

Die Deutsche Umwelthilfe setzt sich seit Jahren mit Einwendungen und Klage gegen den Ausbau der LNG-Infrastruktur in Wilhelmshaven ein. Die Region ist inzwischen zum wichtigsten LNG Standort Deutschlands geworden. Auf der Karte in Abb. 2 ist eine Übersicht der bestehenden und geplanten LNG-Importanlagen zu sehen. Wilhelmshaven hat viel industriell genutzte Küstengebiete, die vom Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer umgeben sind. Die zwei Naturschutzgebiete Voslapper Groden-Nord und -Süd bieten zahlreichen Vögeln und Pflanzenarten Schutz und Lebensraum zwischen Industrieanlagen von z.B. Ölfrafinerien und Chemiefabriken.

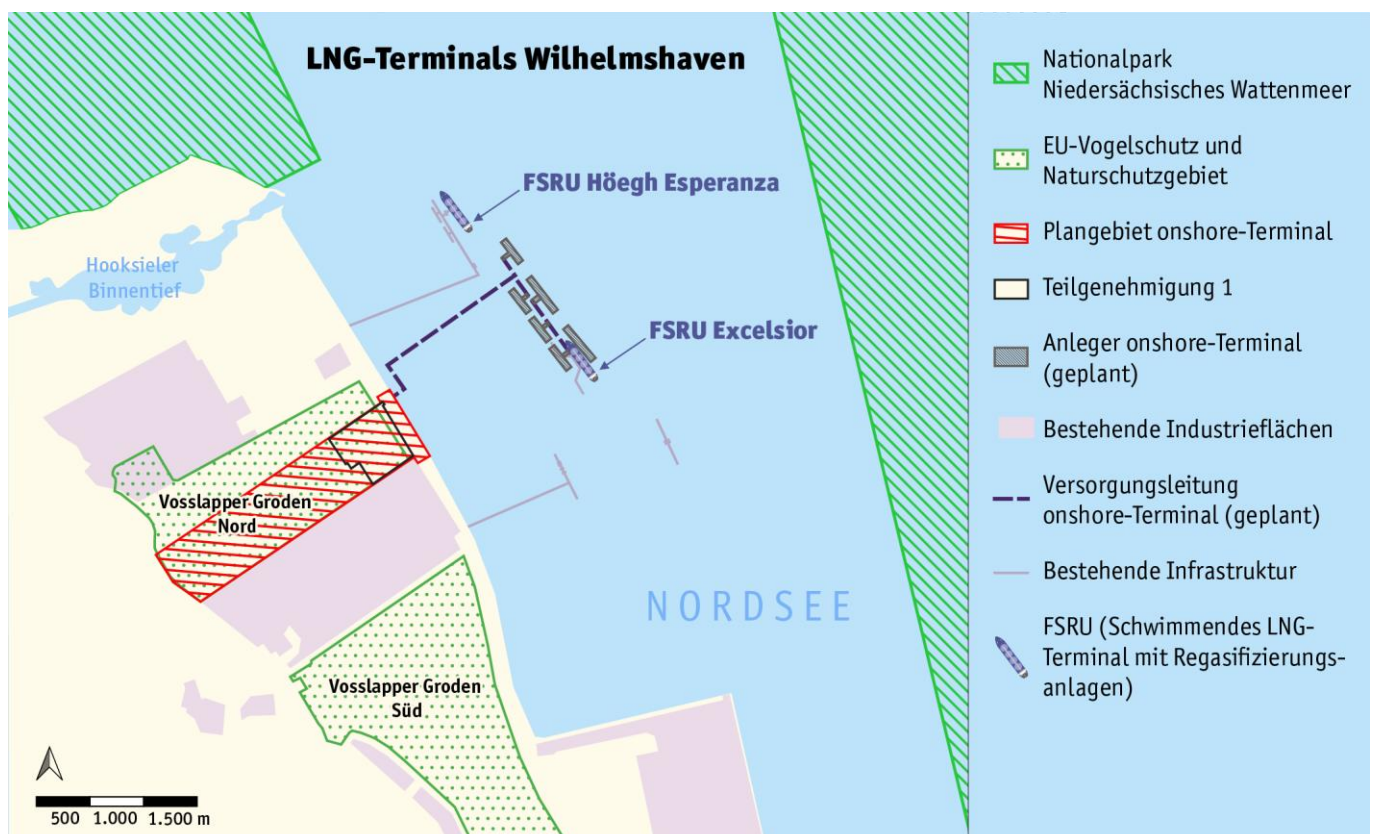


Abbildung 2: Übersicht LNG-Standort Wilhelmshaven

Ein Greenwashing-Projekt im Vogelschutzgebiet

Der Voslapper Groden-Nord ist derzeit konkret von den Plänen der Deutsche Gröngas und Energieversorgung GmbH (DGGEV) bedroht, die dort einen Energiepark inklusive LNG-Terminal errichten will. Die DGGEV hat angekündigt, dass das geplante Terminal durch den späteren Import von „grünen Gasen“ zur Energiewende beitragen soll. Tatsächlich besteht der geplante Industriepark zu weiten Teilen aus fossiler Infrastruktur. In den ersten Jahrzehnten sollen jährlich 15 Milliarden Kubikmeter LNG importiert werden. Ob das Gas jemals „grün“ werden kann, ist eine Wette auf die Zukunft und stützt sich derzeit lediglich auf die Hoffnung, dass international die grüne Wasserstoffproduktion schnell hochskaliert werden kann. Im Kern ist es jedoch Greenwashing.

Das Naturschutzgebiet Voslapper Groden-Nord ist seit 2007 auch europäisches Vogelschutzgebiet und wichtiges Brutgebiet für z.B. Rohrdommeln, Blaukelchen und den Schilfrohrsänger. Er bietet ein wertvolles Mosaik aus trockenen Dünenlandschaften und feuchten Riedflächen und damit Lebensraum für gefährdete Laufkäferarten, teils auf der Roten Liste stehenden Libellenarten, und fast 300 Schmetterlingsarten. Zahlreiche Arten von Heuschrecken, Wildbienen und Fledermäusen sind hier zuhause. Für keine dieser Arten stehen Ausweichflächen zur Verfügung; die Populationen vor Ort drohen vollständig ausgelöscht zu werden. Hinzu kommen 18 wertgebende Vogelarten, für die zum Ausgleich Kohärenzflächen in bis zu 70 km Entfernung geschaffen werden – jedoch: 25 % der in Wilhelmshaven vorkommenden Vogelarten brüten ausschließlich im Voslapper Groden-Nord.

Um die Zerstörung des Voslapper Groden-Nord zu verhindern, hat die DUH gemeinsam mit NABU und BUND ein Schutzbündnis ins Leben gerufen, das gegen den Bebauungsplan, der Voraussetzung für den Energiepark ist, gerichtlich vorgeht. Gemeinsam hat das Schutzbündnis einen Eilantrag sowie einen Normkontrollantrag eingereicht. Am 20. Mai 2026 gab das OVG Lüneburg dem Eilantrag statt und setzte den Bebauungsplan vorläufig außer Vollzug. Die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen seien nicht ausreichend gesichert worden. Damit bestätigte das Gericht ein zentrales Argument des Schutzbündnisses. Der Normkontrollantrag gegen die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplans wird weiterhin vor dem OVG Lüneburg verhandelt.

Unsere Kritik auf einen Blick

- » Der Energiepark wird auf einer Fläche geplant, die eine Naturschutz-Oase inmitten von bereits industriell genutzten Gebieten in Wilhelmshaven ist
- » Es soll ein LNG-Terminal für den Import fossiler Energie gebaut werden. Ob und wann jemals grüne Gase über das Terminal importiert werden, ist vollkommen ungewiss
- » Die Stadt sollte sich die Flächennutzung nicht von Industrieunternehmen diktieren lassen: statt ein Riesen-Projekt in Aussicht zu stellen und dann keine naturverträgliche Umsetzungsmöglichkeit zu haben, hätten Synergien mit bestehenden Industrie Flächen erörtert und das Projekt auf den Import von grünem Wasserstoff ohne Greenwashing und Elektrolyseure reduziert werden können
- » Energieversorgung und Energiesicherheit werden als Vorwand genutzt, um die Interessen einzelner Unternehmen durchzusetzen – auf Kosten der Umwelt und der Biodiversität
- » Ausgleichsmaßnahmen werden weit entfernt geplant und erfüllen gesetzliche Vorgaben nicht
- » Die vollständige Entwertung des national und europarechtlich geschützten Gebiets wäre ein Präzedenzfall in der EU und könnte weitere Schutzgebietslöschungen nach sich ziehen – der Schutz der Natur wäre damit praktisch wirkungslos



Abbildung 3: Protestbanner in Wilhelmshaven



Abbildung 4: Mitglieder des Schutzbündnisses, Februar 2026

Stand: 15.07.2026
Bildnachweis: DUH



Deutsche Umwelthilfe e.V.

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Tel.: 0 77 32 99 95 - 0

Bundesgeschäftsstelle Berlin
Hackescher Markt 4
Eingang: Neue Promenade 3
10178 Berlin
Tel.: 030 2400867-0

Kontakt

Milena Pressentin
Senior Expert
Energie und Klimaschutz
Tel.: +49 30 2400867-927
E-Mail: pressentin@duh.de

Eike Hinrichsen
Referentin
Energie und Klimaschutz
Tel.: +49 30 2400867-957
E-Mail: e.hinrichsen@duh.de

www.duh.de info@duh.de www.duh.de/newsletter-abo

[Instagram](#) [Facebook](#) [Twitter](#) [YouTube](#) [LinkedIn](#) [TikTok](#) [WhatsApp](#) [.../umwelthilfe](#)

Als gemeinnütziger und politisch unabhängiger Verein machen wir uns bereits seit 50 Jahren für Natur-, Umwelt- und Verbraucherrechte stark. Von der Einführung des Dosenpfands über unsere historische Klimaklage bis zum Kampf gegen Greenwashing-Kampagnen:

Wir setzen Umweltschutz durch. Für uns alle.

Transparent gemäß der Initiative Transparente Zivilgesellschaft, dem DZI Spenden-Siegel und dem Deutschen Spendenrat.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutscher
Spendenrat e.V.
Die gute Tat im Blick



Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit: www.duh.de/spenden

Spendenkonto: SozialBank | Deutsche Umwelthilfe | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX